

Entschließungsantrag

**der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, FDP und der Abgeordneten
von BÜNDNIS 90/GRÜNE**

zur Erklärung der Bundesregierung

zur Lage in der Golfregion und in Litauen

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag,

- dem großen Ziel der gesamteuropäischen Friedensordnung verpflichtet, wie sie in der Schlußakte von Helsinki und den nachfolgenden KSZE-Dokumenten zum Ausdruck kommt,
- in der festen Überzeugung, daß dem Aufbau der europäischen Friedensordnung auf der Grundlage der Demokratie, der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit die Zukunft gehört,
- unter besonderer Betonung der von allen europäischen Staaten in der „Charta von Paris für ein neues Europa“ bekräftigten politischen Verpflichtung, die Demokratie als einzige Regierungsform aufzubauen und die Menschenrechte und Grundfreiheiten zu schützen und zu fördern,
- in Würdigung des historischen Beitrags, den die Politik der Umgestaltung und der Reformen in der Sowjetunion und in anderen Staaten Mittel-, Ost- und Südosteuropas in den letzten Jahren geleistet hat,
- fest entschlossen, nach besten Kräften dazu beizutragen, daß diese Reformen dauerhaft erfolgreich sind und so gewährleistet ist, daß Europa in politischer, wirtschaftlicher und sozialer Stabilität zusammenwächst,

gibt seiner Bestürzung und tiefen Besorgnis über die jüngsten Ereignisse in Litauen Ausdruck, die einen Rückschritt auf dem durch den KSZE-Prozeß vorgezeichneten Weg darstellen.

Der Deutsche Bundestag

- verurteilt mit Nachdruck den Einsatz militärischer Gewalt in Litauen als gegen Demokratie und Völkerrecht gerichteten Schlag, der eine Verletzung der Prinzipien der Charta für ein neues Europa darstellt,
- beklagt die Vielzahl von Todesopfern und Verletzten, die dieser Einsatz gefordert hat, und spricht den Hinterbliebenen sein Mitgefühl aus,
- appelliert mit großem Ernst und Nachdruck an die sowjetische Führung, jeder weiteren Gewaltanwendung gegen Litauen Einhalt zu gebieten und die bewaffneten Kräfte in die Kasernen zurückzuziehen,
- fordert alle politischen Kräfte der Sowjetunion nachdrücklich auf, das Recht der baltischen Völker auf Selbstbestimmung, freie Meinungsäußerung und die Wiederherstellung der Legalität zu garantieren, eine Lösung der anstehenden Probleme ausschließlich auf friedlichem Wege zu suchen, größtmögliche Zurückhaltung zu üben und umgehend den politischen Dialog wiederaufzunehmen,
- ruft die Bundesregierung auf, gemeinsam mit ihren Partnern in der Europäischen Gemeinschaft und im Atlantischen Bündnis die sowjetische Führung auf die Bedeutung hinzuweisen, die ihre jetzt zu treffenden Entscheidungen für das West-Ost-Verhältnis insgesamt haben und
- ersucht die Bundesregierung und die Hilfsorganisationen, ihre humanitäre Unterstützung für die Menschen in Litauen zu verstärken und insbesondere bei der medizinischen Versorgung der Verletzten bestmöglich zu helfen.

Bonn, den 14. Januar 1991

Dr. Dregger, Dr. Bötsch und Fraktion

Dr. Vogel und Fraktion

Mischnick und Fraktion

Schulz (Berlin) für BÜNDNIS 90/GRÜNE